

8. Wenn der Saal geräumt wird, kann man singen oder auch Flugblätter werfen.

D) WAS TUN, wenn es eine Ordnungsstrafe gibt
.....

1. Du hast ein Recht auf Anhörung
2. Erläutere dann politisch deine sogenannte "Ungebühr"
3. Wenn du sitzt, verlange sofort die Verordnung über den Vollzug der Zivilhaft. Rechtsprechung dazu bei der Republikanischen Hilfe anfordern.
4. Du darfst ein möglichst neues Buch behalten.
5. Du kannst Zigaretten und Lebensmittel kaufen.
6. Suche Kontakt zu den Mithäftlingen.
7. Geh in den Gottesdienst, dort triffst du viele an und hast Gelegenheiten zu Aktionen.

Die Justizkampagne ist vorläufig die Kampagne der Justiz und nicht des SDS. Die Offensive der Justiz muß offensiv bekämpft werden, d.h. wir müssen den Konflikt nicht in den Gerichtssaal tragen und so die Isolation der Richter zu unserer eigenen machen, sondern wir müssen den Konflikt dort weitertreiben, wo er gefährlich ist und deshalb bestraft wird: in den Universitäten, im Betrieb und auf der Straße.

ZENSUREN-UND POLIZEITERROR
.....

Anfang jeden Jahres steigt mit dem Leistungsdruck durch bevorstehende Schulabschlüsse und Versetzungen auch das Unbehagen und der Zweifel an der Berechtigung solcher Reglementierungen unter den Schülern. In diesem Jahr nahm das Hamburger Schülerparlament (HSP) in Aktionseinheit mit dem AUSS und dem USB die Ausgabe der Osterzeugnisse am 15.3. zum Anlass, um am 6.3. auf einem allgemeinen Teach-in diese Zweifel zu artikulieren. Die Absichten des, von den drei Gruppierungen gestellten, Aktionsausschusses waren:

- 1) Die Mobilisierung der Schüler anhand des Zeugnisterrors, der sich in dem pädagogischen Leistungsprinzip begründet und somit effektives Lernen, Bildung der Kritikfähigkeit und eigenständige Problembewältigung unmöglich macht.
- 2) Initiierung von eigenständiger Basisgruppenarbeit an den einzelnen Schulen, um im Einüben der Selbstorganisation praktikable Alternativen zum bestehenden autoritären Schulsystem zu entwickeln.
- 3) In einem exemplarischen Akt den Widerstand der Schüler gegen die Schulbehörde einleiten.

Mehrere Wochen lang wurde darum mit einigen 10000 Flugblättern und vielen Plakaten in den Schulen für das teach-in geworben. Zusätzlich wurden in der Nacht vom 4. auf 5. März noch mindestens 11 Schulen mit Aufrufen bemalt; die Direktoren erstatteten sämtlich Anzeige gegen Unbekannt.

Die erste Aktionseinheit des offiziellen Schülerparlamentes mit den beiden politischen Schülergruppen (AUSS, USB) aber sollte von der Gegenseite (Schulbehörde) durch Drohung mit finanziellen Repressionen und Versammlungsraumverweigerung bereits im Ansatz gesprengt werden. Die Aktionseinheit erschien der Behörde umso bedrohlicher, als sie das bisher unpolitische und linientreue HSP nun nicht mehr für ihre Minderheitentheorie gegenüber AUSS und USB mißbrauchen konnte.

Das teach-in fand - mit Unterstützung des AStA - dennoch statt.

Eingangs gab Landesschulsprecher Hanser einen Situationsbericht speziell über die Schikanen der Schulbehörde. Dann hielten Vertreter des HSP und USB Referate über verschiedene Themen. Eines brachte empirische Belege für die Unhaltbarkeit der Zeugnisse, indem es ihre Relativität in Bezug auf den jeweiligen Klassenverband aufzeigte und ihre Subjektivität in Bezug auf Anti- und Sympathien des beurteilenden Lehrers. Das Leistungsprinzip, das der Zensurengebung zugrunde liegt, wurde als unpädagogisch entlarvt, da es dem "schlechten Schüler" die notwendige Selbstbestätigung entzieht, die er zur Verbesserung seiner Position innerhalb der Klasse bräuchte und ihn so zum "ewig Letzten" degradiert.

Ein weiteres Referat ging auf die katastrophalen Asuwirkungen der Zeugnisse auf den verschiedenen Ebenen ein. Im Bereich der Klasse bewirkt die Abhängigkeit der Zensuren vom Klassendurchschnitt, daß der Einzelne an einem möglichst niedrigen Niveau interessiert sein muß und so ein Konkurrenzdenken hervorgerufen wird, was jede kollektive Problembewältigung sowie die Bildung einer vom Klassenniveau unabhängigen Kritikfähigkeit unmöglich macht. Im sozialen Bereich bedeutet der Zeugnisterror häufig eine hochgradige Fremdbestimmung, wenn z.B. das für den selbstgewählten Beruf notwendige Schulziel nicht erreicht wird. Außerdem wird durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Schüler auch in bezug auf kostspielige, systemimmanente aber notwendige Nachhilfestunden von Staats wegen immer noch eine Auswahl im Sinne einer gesellschaftlich privilegierten Schicht getroffen.

In der Diskussion wurde dann das ursprüngliche Ziel für die geplante und genehmigte Demonstration, nämlich die Schulbehörde, fallengelassen, weil man eine mögliche harte Auseinandersetzung mit der Polizei vermeiden wollte. Das neue Ziel, eine Schulbesetzung, konnte dem Plenum im Rahmen des teach-ins nicht ausreichend vermittelt werden. Eine Tatsache, die sich später paralysierend auf dessen Durchführung auswirkte. Der sich darauf formierende Demonstrationzug zog die Grindelallee herunter in Richtung Schulbehörde Eimsbüttel. Die Demonstranten versuchten dann, in das Wietschaftsgymnasium Schlankreihe einzudringen; die Scheiben der Tür wurden eingedrückt, dem Hausmeister die Schlüssel entwendet. Da jedoch die Menge der Demonstranten wegen der mangelhaften Vermittlung der Zielsetzung die Vorgänge am Schültor falsch deuteten, zogen sie in Richtung Bismarckschule und Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer weiter. Die Polizei, die durch ihr massiertes Auftreten die Demonstration von Anfang an diffamierte, bildete vor der Kreuzung plötzlich eine Kette. Als die Demonstranten die Absperrung an den Seiten durchsickert hatten, setzten die Bullen Greiftrupps ein, die aus der Menge Einzelne, wie sich später herausstellte, aktive AUSS und USB - Schüler, herausgriffen. Auf diese Verhaftungen reagierten die Schüler mit einer bei Hamburger Studenten noch unbekanntem Spontanen Militanz. Gefangene wurden befreit, einer sogar mehrmals hintereinander. Ein zum Abtransport vorgesehener Peterwagen (VW) wurde durch Entfernen der Kontakte und des Benzinschlauches aus dem laufenden Motor lahmgelegt. Dennoch kam es zu insgesamt 9 Verhaftungen. Nachdem ein Großteil der Demonstranten zum Audi-max zurückgekehrt waren, und dort weitere Bestzungen erwogen, wurde im Polizeifunk durchgegeben, daß die Schüler auf dem Campus nicht behelligt werden, aber jeder Versuch, ihn zu verlassen, mit allen Mitteln zu verhindern sei. Dieses Vorgehen der Polizei und außerdem noch die Verschleppung eines Schülers am selben Abend beim Verlassen des RC (ED - Behandlung) zeigen deutlich die Hysterie der Polizei gegenüber einer zur stud. revolutionären parallellaufenden Bewegung der Schüler. In der Mensa II wurde die später im RC auf einem rationaleren Niveau weitergeführt wurde. Wichtigste Punkte der Diskussion dort waren

- o der Möglichkeiten der Basisgruppenarbeit
- o der Probleme der Vermittlung an noch unpolitische Schüler
- o der konkreten Widerstandsmöglichkeiten im Unterricht.